



Beschlossen am 22.10.2025

Wahlprogramm

Bürgerliste Weiterdenken 2026

1. Meinungsfreiheit / Medien

Die Erhaltung der Meinungsfreiheit ist für uns ein zentrales Anliegen, denn freie Kommunikation, Zugang zu Informationen und ein pluralistisches Medienangebot mit breitem Meinungsspektrum sind ein wesentlicher Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Diese ist derzeit auf vielen Ebenen bedroht:

- Die Vorstöße für eine „[EU-Chatkontrolle](#)“ zeigen, dass es auf EU-Ebene und in Deutschland immer wieder Versuche gibt, totalitäre Überwachungsphantasien umzusetzen.
- Während der Coronamaßnahmenkrise haben YouTube, Facebook und Twitter abweichende Meinungsäußerungen sogar von Wissenschaftlern aufgrund von massivem Druck aus europäischen Regierungen und der EU gelöscht. Betroffen waren z.B. [Dr. Jay Bhattacharya](#), Sucharit Bhakdi und Wolfgang Wodarg.
- Das nächste trojanische Pferd für eine Totalüberwachung sind Forderungen nach einer Alterskontrolle in sozialen Medien – angeblich, um Kinder zu schützen. Die geplanten Techniken ermöglichen es, die Urheber unerwünschter Meinungsäußerungen aufzuspüren, was dazu führen wird, dass viele aus Angst vor Repressionen den Mund halten.

Aber auch auf der Ebene der Kommunalpolitik müssen Meinungsfreiheit und Medienpluralität verteidigt werden. Hier fordern wir:

- Um Transparenz zu schaffen, sollte jeder Bürger die Sitzungen von Kreistag und Stadtparlament im Live-Stream mitverfolgen können. Mindestens aber muss die Erlaubnis erteilt werden, Film- und Tonaufnahmen der Sitzungen anzufertigen und zu veröffentlichen.
- Kommunale Stellen sollten sich nicht an der staatlichen Förderung von Denunziationsportalen wie „HateAid“ beteiligen. Für strafbare Inhalte sind Polizei und Staatsanwaltschaft zuständig. Was nicht strafbar ist, fällt unter die Meinungsfreiheit!
- Stattdessen fordern wir ein kommunales Pilotprojekt für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dabei soll eine Plattform geschaffen werden, die demonstriert, wie die Medienlandschaft demokratisiert und Auftragserfüllung des ÖRR sichergestellt werden kann.

2. Krieg oder Frieden

Wir sprechen uns klar gegen die derzeitige Militarisierung unserer Gesellschaft aus. Das Geld, welches für zusätzliche Waffen ausgegeben wird, fehlt überall – auch bei den finanziell am Abgrund stehenden Kommunen. Die mit dem 5-Prozent-Ziel der NATO verbundene massive Steigerung der Rüstungsausgaben lehnen wir daher strikt ab.

Mit Angst-Propaganda wird uns eingeredet, wir müssten uns bis an die Zähne bewaffnen, weil sonst „der Russe“ bald am Brandenburger Tor steht und uns die Freiheit raubt. Doch unsere Freiheit wurde in letzter Zeit nicht von Russland angegriffen, sondern (siehe oben) von der EU und der Bundesregierung. Die „westlichen Werte“ müssen wir also weder am Hindukusch noch im Donbass verteidigen, sondern vor der eigenen Haustür.

Statt Militarisierung und Aufrüstung fordern wir:

- ein Verbot von Bundeswehr-Werbung an öffentlichen Plätzen und Schulen;
- Die von CDU, SPD, FDP und AfD [befürwortete](#) Reaktivierung alter Kasernen wie der „Hessenkaserne“ lehnen wir ab und fordern stattdessen eine rein zivile Nutzung.
- Auch das von CDU, SPD, FDP und AfD befürwortete Ziel, dass Gelder aus der Sonderschulden-Ermächtigung für Rüstungszwecke in unserem Landkreis verpulvert werden, lehnen wir ab.
- Mit dem Begriff „Sondervermögen“ wird zudem verschleiert, dass wir alle diese Aufrüstung in Form höherer Preise täglich finanzieren, denn schuldenfinanzierter Staatskonsum führt zu Inflation. Hier fordern wir eine ehrliche Sprache: Es geht um Geld, welches der Staat nicht hat, also um **Sonderschulden**!

3. Corona-Aufarbeitung

Die Coronamaßnahmenkrise ist zwar vorerst vorbei, aber die Folgen beschäftigen uns noch heute. Wir erinnern uns noch lebhaft daran, dass wir Treffen unserer Bürgerliste unter der Konrad-Adenauer-Brücke durchführen mussten, weil sowohl Bürgerhäuser als auch Gastronomiebetriebe dicht gemacht wurden. Auch auf kommunaler Ebene gibt es vieles aufzuarbeiten. Wir fordern:

- Stadt und Landkreis sollen alle mit Coronamaßnahmen begründeten Ordnungsgelder zurückzahlen!
- Stadt und Landkreis sollen ihre Verstöße gegen das Heilmittelwerbegezet aufarbeiten! Die unseriöse Werbung für neuartige Vektor- und mRNA-Präparate, gekoppelt mit wissenschaftlich unhaltbaren Heilsversprechen wie Fremdschutz und Herdenimmunität und mangelhafter Aufklärung über Risiken und Nebenwirkungen, war verantwortungslos!
- Stadt und Landkreis sollen Unterstützungsangebote für Menschen schaffen, die unter Nebenwirkungen der neuartigen Vektor- und mRNA-Präparate leiden.
- Das Gesundheitsamt soll an Maßnahmen zur längst überfälligen Verbesserung der Vitamin-D-Versorgung arbeiten, statt weiterhin Werbung für riskante mRNA-Präparate zu machen!
- Stadt und Landkreis sollen über die Risiken der [Gain-of-Function-Forschung](#) aufklären. Sie sollen durch politischen Druck dazu beitragen, dass solche Forschungsprojekte nicht in Stadt- oder Kliniknähe, so etwa im neuen Marburger S4-Labor, durchgeführt werden.

4. Bargelderhalt statt Überwachungsstaat

Zu den Angriffen auf unsere Freiheit gehören die vielfältigen Versuche, die Nutzung von Bargeld zurückzudrängen und einzuschränken, was schließlich zu einer kompletten Abschaffung des Bargeldes führen kann. Während eine Bargeldzahlung eine wirtschaftliche Interaktion von genau zwei Vertragsparteien ist, ist bei digitalen Zahlungen immer noch mindestens ein Dritter dabei: entweder die Geschäftsbanken oder künftig beim „digitalen Euro“ der Staat. Sowohl der Staat als auch die Finanzinstitute sind dazu bereit, diese Macht auszunutzen, um politische Opposition zu unterdrücken. Die folgenden Beispiele zeigen nur die Spitze des Eisberges:

- 2010 führten u.a. die Bank of America, VISA, MasterCard und Western Union eine [Banken-Blockade](#) gegen die Enthüllungsplattform „WikiLeaks“ durch, so dass Spendengelder von Unterstützern nicht mehr genutzt werden konnten. WikiLeaks war u.a. wegen der Aufdeckung von Kriegsverbrechen der US-Armee im Irak-Krieg unbequem. Bekannt wurde vor allem das „Collateral Murder“-Video, welches die Ermordung zweier Reuters-Journalisten durch die Besatzung eines Kampfhubschraubers zeigte.
- 2022 wurden die Bankkonten der Trucker in Kanada [eingefroren](#), welche gegen eine geplante Impfpflicht protestiert hatten.
- Während der Coronamaßnahmenkrise wurden Hunderte Bankkonten von Journalisten, Intellektuellen, Aktivisten und Medien [gekündigt](#), die Kritik an der Regierung geübt hatten – darunter Gunnar Kaiser, Boris Reitschuster, Kayvan Soufi-Siavash.

Um das Bargeld zu verteidigen, sind Anstrengungen auf allen Ebenen notwendig. Jeder einzelne kann im Alltag dazu beitragen, indem er jede sich bietende Möglichkeit zur Barzahlung nutzt. Auf kommunaler Ebene fordern wir:

- Bei Zahlungen an Behörden müssen diese nicht nur eine Barzahlung ermöglichen. Sie dürfen die Barzahlung auch nicht unnötig erschweren, um Bürger zu elektronischer Zahlung zu „motivieren“.
- Der Landkreis Marburg-Biedenkopf soll die Barzahlungsmöglichkeit bei der Führerscheinstelle Biedenkopf wieder ermöglichen.

5. Demokratie und Rechtsstaat erhalten

Grundgesetz

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind für uns zentrale Werte. Auch, wenn wir Verbesserungsmöglichkeiten am Grundgesetz sehen (z.B. bezüglich der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften), sehen wir das Grundgesetz als eine gute Grundlage für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft an. Auch, wenn es ursprünglich als Provisorium gedacht war, hat es sich mit der Wiedervereinigung faktisch zu einer Verfassung Deutschlands entwickelt. Die formal bestehende Möglichkeit, nach Art. 146 durch eine Volksabstimmung eine neue Verfassung zu beschließen, halten wir derzeit weder für aussichtsreich noch für sinnvoll. Denn wenn wir die Meinungsfreiheit (Art. 5) und die Versammlungsfreiheit (Art. 8) verteidigen wollen, sollten wir deren stärksten rechtlichen Schutz – das Grundgesetz – nicht ohne Not aus der Hand geben.

Demokratie fängt unten an – in der Kommunalpolitik!

Im Kreistag haben wir in vielen Fällen erlebt, wie die Regierungsparteien die Rechte der Opposition missachten:

- beim satzungswidrigen [Filmverbot](#) im Kreistag,

- beim Entzug des Rederechts unter dem falschen Vorwand, der Redner habe nicht „zur Sache“ gesprochen,
- bei dem regelmäßig verwendeten Trick, Oppositionsanträge per Regierungsmehrheit für „erledigt“ zu erklären, statt inhaltlich mit „Ja“ / „Nein“ / „Enthaltung“ darüber abzustimmen und Farbe zu bekennen,

Hier wollen wir mit Änderungen an Satzung und Geschäftsordnung die Rechte der Opposition stärken, denn Demokratie lebt von Widerspruch und offenem Diskurs!

Neutralitätsgebot

In einer Demokratie geht alle Staatsgewalt vom Volke aus (Art 20, Abs 2 GG), nicht von der Regierung! Daher ist es demokratiefeindlich, wenn staatliche Stellen Proteste gegen die Opposition organisieren oder mit staatlichen Geldern Propaganda für die Regierung und gegen die Opposition finanziert wird. Wir werden uns im Stadtparlament und im Kreistag dafür einsetzen, dass sich staatliche Stellen am Willen der Bürger orientieren, statt mit Hilfe von Steuergeldern in die Meinungsbildung einzugreifen.